

Pressemitteilung Sächsischer Waldbesitzerverband

Vom 28.2.2024

Das EU – Parlament hat am Dienstag das EU –Renaturierungsgesetz mit knapper Mehrheit von SPD, Grünen und Liberalen gebilligt. Ein rabenschwarzer Tag für alle Land- und Forstwirte in Sachsen.

Damit hat das Parlament trotz aller Warnungen ein Gesetz auf den Weg gebracht, dessen Hauptlast zu einer angeblich notwendigen Wiederherstellung der Natur die Land und Forstwirte wie auch die Fischerei zu tragen haben. „Ein völlig überflüssiger Schritt zurück zu den Fehlern der Vergangenheit“, so der Europäische Waldbesitzerverband. Wie bereits bei FFH – Gebieten und Natura 2000 wurden mit hohen Zielmarken Vorschriften und Regulierungen erlassen, ohne jedoch die Finanzierung der Maßnahmen zu klären. Auf ca. 154 Mrd. EURO werden sich die Kosten für die Umsetzung der geplanten Maßnahmen belaufen, so die Folgenabschätzung der Kommission. Bei der heute schon schwierigen Haushaltslage in der BRD ein hoffnungsloses Unterfangen.

Der Sächsische Waldbesitzerverband ist in seiner Bewertung der neuen europäischen Vorgabe eindeutig: Das EU - Renaturierungsgesetz ist ein herber Rückschlag auf dem Weg, Bürokratie für den ländlichen Raum abzubauen. Statt Anreizen und Motivation, nehmen weitere Regulierungen und Belastungen für die Land- und Forstwirte zu.

Insbesondere die sog. NRL– Indikatoren werden die bürokratischen Belastungen bei der Umsetzung erheblich erweitern. Statt wie in den ersten Entwürfen 3 von 5 Indikatoren auswählen zu können, müssen nun mindesten 6 von 7 Indikatoren gewählt werden. Den Waldbesitzern wird damit die Wahlfreiheit genommen. Geradezu ideologisch wirken die Hürden wie der „ Anteil der Wälder, die von einheimischen Baumarten dominiert werden“ angesichts der voranschreitenden Klimaerwärmung und zunehmenden Standortdrift der Baumarten. Ebenso der Indikator „Anteil der Wälder mit ungleichmäßiger Altersstruktur“ weist auf eine erhebliche Praxisferne der politischen Entscheidung hin, die bspw. die Augen vor den immensen Kahlfächen der vergangenen Jahre die Augen verschließt. Die für die Aufforstung dieser Flächen benötigten Pflanzen werden naturgemäß eine ungleichmäßige Altersstruktur erst nach Jahrzehnten erreichen können.

Zu befürchten ist nun, dass lebensfremde Vorgaben und Berichtspflichten die Stimmungslage der Land- und Forstwirte dramatisch verschlechtert, so die sächsischen Waldbauern weiter.

Bis 2030 sollen 3 Mrd. zusätzliche Bäume rechtsverpflichtend gepflanzt werden. Ein Irrsinn angesichts der dafür nicht zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Flächen. Und mehr noch: schon heute können nicht alle durch den Klimawandel geschädigte Waldflächen wiederbewaldet werden: es fehlt an Saat- und Pflanzgut.

Vorausschauende und nachhaltige Politik sieht anders aus, sagt Georg Lindner, Vorsitzender des Sächsischen Waldbesitzerverbandes in Tharandt.

Hintergrund:

Der **Sächsische Waldbesitzerverband e.V.** vertritt die berufsständischen und forstpolitischen Interessen der mehr als 85.000 kommunalen, privaten und kirchlichen Waldbesitzer in Sachsen. Der Privatwald nimmt ca. 46 % (241.000 ha) der Waldfläche Sachsens ein. Ca. 8 % (43.000 ha) des Waldes befinden sich im Eigentum kommunaler Körperschaften, 2 % (10.000 ha) entfallen auf den Kirchenwald.